

---

**90/PET XXII. GP**

---

Eingebracht am 12.06.2006

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

## Petition

KATHARINA PFEFFER  
GERHARD STEIER  
ERWIN KAIPEL  
ABGEORDNETE ZUM NATIONALRAT  
DER REPUBLIK ÖSTERREICH



**Parlamentsfraktion**

Tel. 40110/0  
Fax 40130/3455  
<http://spoe.parlament.gv.at>

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Dr. Andreas Khol

im Hause

Wien, am 6. Juni 2006

Sehr geehrter Herr Präsident!

In der Anlage dürfen wir Ihnen gem. § 100 Abs. 1 GOG-NR eine

**Petition betreffend**  
**„Dringender sicherheitspolitischer Handlungsbedarf im Burgenland“**

überreichen.

Mit der Bitte um geschäftsordnungsmäßige Behandlung verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

Herrn  
Präsident des Nationalrates  
Dr. Andreas Khol  
Dr.- Karl-Renner-Ring 3  
1017 Wien

Eisenstadt, am 19.Mai 2006

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Burgenländische Landtag hat am 2. Feber 2006 eine EntschlieÙung betreffend den dringenden sicherheitspolitischen Handlungsbedarf im Burgenland gefasst. Diese EntschlieÙung hat folgenden Wortlaut:

„Laut aktueller Kriminalstatistik für das Burgenland wurden im Zeitraum von Jänner bis November 2005 insgesamt 53,6% aller angezeigten Straftaten aufgeklärt. Das ist der beste Wert österreichweit und zeigt eindrucksvoll das außerordentlich große Engagement der burgenländischen Exekutivbeamten.

Im selben Zeitraum ist die Zahl der Straftaten um 30,4% gestiegen. Gleichzeitig wurden Dienstzuteilungen von rund 90 Exekutivbeamten aus dem gesamten Landesgebiet zum Grenzübergang Nickelsdorf, nach Deutsch-Jahrndorf und Kittsee angeordnet. Auch zusätzliche, gemeinsame Streifendienste zur Kontrolle der grünen Grenze mit der Slowakei und geplant mit Ungarn verschärfen die Personalsituation zunehmend.

Von vielen Gemeinden gibt es weiters Bestrebungen, zusätzliche Grenzübertrittsstellen zu öffnen. Im Interesse des Tourismus, aber auch der vermehrten Nutzung schon existierender saisonal geöffneter Grenzübergänge im bilateralen Verkehr, ist diese Initiative auch zu begrüßen.

Dabei darf die Sicherung der 400 Kilometer langen Schengen-Außengrenze des Burgenlandes aber keinesfalls vernachlässigt werden. Im Zeitraum Jänner bis September 2005 zeigt die Statistik des Kriminalamtes wiederum einen Anstieg der Aufgriffszahlen illegaler Migranten in Österreich um knapp 6%.

Die Kontrolle dieser Grenzübergänge muss daher in vollem Umfang mit ständiger Polizeipräsenz, das heißt Dienst an Ort und Stelle, gewährleistet sein und liegt im alleinigen Verantwortungsbereich des Bundes. Mobile Streifendienste, wie sie derzeit geplant sind, sind unzureichend.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen inklusive deren Finanzierung liegt ausschließlich im Zuständigkeitsbereich des Bundes, dem Land Burgenland dürfen daher dadurch keine zusätzlichen Kosten entstehen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung und an den Nationalrat mit der Forderung heranzutreten, folgende dringend erforderliche sicherheitspolitische Maßnahmen für das Burgenland umzusetzen:

- Personalaufstockung um 150 Exekutivbeamte,
- Anschaffung notwendiger, moderner technischer Ausrüstung und Ausstattung
- Sicherung weiterer Grenzübergänge auf Dauer an Ort und Stelle - ohne Kostenübertragung auf das Burgenland."

Die Burgenländische Landesregierung erlaubt sich auf Grund ihres Beschlusses vom 16. Mai 2006 diese Entschließung des Burgenländischen Landtages Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, mitzuteilen.

Gleich lautende Schreiben ergehen auch an den Bundeskanzler, die Frau Bundesministerin für Inneres und den Herrn Bundesminister für Finanzen.